

Weltpolitische Verantwortung eines größeren Europas

Erfolgreiche Fortführung von zwei Großprojekten

Angesichts des Verfassungsdebakels der Europäischen Union, Unstimmigkeiten über die Erweiterung oder der Unsicherheiten über Europas Rolle in der Welt wirkt die EU wie paralysiert. Nach den negativen Verfassungsreferenden und der daraufhin ausgerufenen Reflexionsphase herrscht Ratlosigkeit. Gleichzeitig stellt sich hinsichtlich veränderter Machtkonstellationen und Konflikten die Frage nach einer globalen Ordnungspolitik



Teilnehmer der zentralen Veranstaltungen zur Zukunft der EU: Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und der frühere US-Außenminister Henry Kissinger (linkes Bild), sowie Ex-Bundesaußenminister Joschka Fischer im Gespräch mit C•A•P-Direktor Werner Weidenfeld.

und der Rolle des alten Kontinents neu. Diese Fragen greift das C•A•P im Rahmen seiner einzigartigen Kernkompetenz mit den beiden Projekten „Das größere Europa“ und „Europas weltpolitische Mitverantwortung“ energisch auf. Gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung führte das Centrum in der ersten Jahreshälfte 2006 zentrale Veranstaltungen durch, um Wege zu legitimiertem politischen Handeln aufzuzeigen.

Das Projekt „Das größere Europa“ analysiert dabei den Prozess der europäischen Integration und erarbeitet mit Blick auf das Leitbild eines demokratischen, transparenten und effektiven politischen Raums Reformempfehlungen für die Steuerung der Politik. Vor diesem Hintergrund diskutierten in Berlin mehr als 40 europäische Spitzenvertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft über die künftige strategische Ausrichtung der EU. Zu den Teilnehmern aus 14 Ländern gehörten unter anderen der ehemalige Bundesaußenminister Joschka Fischer, EU-Kommissarin a. D. Michaela Schreyer, EU-Kommissar a. D. Mario Monti und der ehemalige schwedische Premierminister Carl Bildt. Im Fokus der Debatte standen die künftige Verfasstheit der EU, die globale Verantwortung und Interessenlage Europas, die Potenziale und Grenzen europäischer Politik sowie die Reaktion auf zentrale sicherheitspolitische Herausforderungen.

Fortsetzung auf Seite 3

I N H A L T

C•A•Prolog

Energische Wende:
Gangbare Möglichkeiten
der Politik 2

C•A•Personalia

Gäste und Gespräche
am C•A•P 4

C•A•Programm

Bertelsmann Reform Index 5
 Analyse: Transatlantische
 Beziehungen 6
 15 Jahre Jugend und Europa:
 eine Bilanz 7
 Defekte Demokratien 8
 Die Kommunikationsarbeit
 der EU 9
 Netzwerktreffen der
 SommerAkademie 10
 Reformen in Deutschland 11
 Transatlantic Roundtable:
 Chindia-Connection 12
 Europaweites Projekt zur
 Demokratieerziehung 13

C•A•Publikationen

Neuerscheinungen 14/15

C•A•Postskriptum

Die USA unter George W.
 Bush: Von Freiheit zu
 Autorität? 16

C•A•Planung 16

Energische Wende

Alle Zeichen stehen für die Notwendigkeit einer rigoroseren Politik. Wirtschafts-, finanz- und sozialpolitisch steht es um Deutschland und einige Länder Europas nicht gut: Hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere bei jungen und dauerhaft erwerbslosen älteren Menschen, ein zu geringes Wirtschaftswachstum, häufig überdehnte und kaum noch finanzierbare Sozial- und Rentensysteme sind bei gleichzeitiger Schrumpfung und Überalterung der Bevölkerung prägende Zeichen unserer Zeit. Jahre und Jahrzehnte sozioökonomischen Dahindümpelns liegen in Deutschland wie eine bleierne Last auf dem Land. Selbst aus sonst nüchtern und realistisch denkenden Zirkeln brandet immer mehr der Ruf nach einer radikalen Wende in der Wirtschafts-, Finanz- oder Sozialpolitik auf. Auch andere Staaten in der Europäischen Union haben ähnliche und wirklich tief greifende Probleme. So ächzt Frankreich unter dem Protest der Bevölkerung gegenüber wirklich durchgreifenden Reformen. Eine gravierende Krise, gespeist aus der Rivalität zentraler politischer Akteure, lähmt die nationale und europäische Politik.

Doch nicht nur auf nationaler Ebene gibt es Probleme. Auch in der EU selbst türmen sie sich unübersehbar auf. Die Ablehnung der europäischen Verfassung in Frankreich und den Niederlanden paralyisiert die weitere Integration, die Dynamik der politischen Einigung in Europa erlahmt. Gleichzeitig zeigt die Inventur der wirtschaftspolitischen Ziele der Lissabon-Agenda, dass das Gewollte in weiter Ferne liegt. Die Union zum dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt bis 2010 zu machen, das war am 23./ 24. März 2000 der Ehrgeiz der Mitgliedstaaten einer nach vorne blickenden EU, die unter Einschluss der neuen östlichen Mitgliedstaaten dem Rest der Welt wettbewerbspolitisch Paroli bieten wollte. Der Kok-Bericht hingegen listete im November 2004 nüchtern das Versäumte auf: Die hoch gesteckten Ziele liefern sich nun dem Vorwurf des reinen Wunschdenkens aus. Dazu kommen ab 2007 absehbare Schwierigkeiten in der Finanzierung der Union sowie in der Außen- und Sicherheitspolitik, die weder europäisch legitimiert noch wirklich hilfreich für eine kohärente Strategie des Westens im Angesicht neuartiger Sicherheitsprobleme ist. Auch der Einsatz europäischer Truppen im afrikanischen Kongo kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass man in der Union im Falle eines Falles übergreifend wohl kaum einsatzfähig ist. Auch

hier drängen sich nun energischere Schritte im europäischen Einigungswerk auf.

Dabei sind viele Probleme sowohl im

nationalen wie im transnationalen Falle nicht ohne Lösung. Vieles ist in der Diskussion, was als gangbarer Weg und im Vergleich mit anderen Ländern viel versprechend und machbar ist. Dies zeigen auch die aktuellen Projekte des Centrums für angewandte Politik (C•A•P) auf. Von Vorschlägen zur Vermittlung auch unpopulärer Reformen bis hin zu realistischen politischen Optionen auf dem Wege der weiteren europäischen Integration: weit greift die prospektive Arbeit des Centrums aus. Neben komplexen und differenzierten Arbeitsstrecken zum „größeren Europa“ und zur „weltpolitischen Mitverantwortung Europas“ stehen auch Detailfragen zur Zukunft des eigenen Lands im Zentrum der Analysen. Lesen Sie auf den folgenden Seiten, was das C•A•P hierzu im ersten Halbjahr 2006 im Einzelnen in Angriff genommen hat und wohin uns unsere Wege zukünftig führen.



Jürgen Turek
Geschäftsführer des C•A•P

„Vieles ist in der Diskussion, was als gangbarer Weg vielversprechend und machbar ist.“

Jürgen Turek



Wo liegen Potenziale, wo die Grenzen der europäischen Politik? Dieser Frage gingen im Rahmen des Projekts „das größere Europa“ (v.l.) Bundestagspräsidentin a.D. Rita Süssmuth und die ehemalige EU-Kommissarin Michaela Schreyer nach.

„Europas weltpolitische Mitverantwortung“ begleitet als global konzipiertes Projekt den Entwicklungsprozess der Außen- und Sicherheitspolitik der EU mit Analysen, Handlungskonzepten und Strategieempfehlungen. Schwerpunkte der Arbeit liegen dabei auf der Gestaltung der transatlantischen Partnerschaft sowie der Weiterentwicklung der außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Instrumente der EU. Vor diesem Hintergrund nahmen an der ersten Sitzung des „Global Policy Council“, die im Berliner Haus der Bertelsmann Stiftung unter Leitung von C•A•P-Direktor Werner Weidenfeld stattfand, namhafte Vertreter der geostrategischen und geopolitischen Szenen aus den USA, Europa, Lateinamerika, China und Südostasien teil. Zentral für diesen konzentrierten Meinungsaustausch waren kumulierte Erkenntnisse, die sich aus einer aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung „Weltmächte im 21. Jahrhundert“ sowie weiteren Recherchen und Schlussfolgerungen ergeben. Die Studie spürt der Frage nach, welche Länder den größten Einfluss haben und wie in Zukunft eine Weltmacht beschaffen sein muss. Sie zeigt: die Machtverteilung auf dem Globus verschiebt sich, die Welt wird unweigerlich multipolarer. Gleichzeitig nehmen klassische Faktoren wie nationale Autorität und militärische Kapazität als Alleinstellungsmerkmale einer Weltmacht ab. Wirtschaftskraft, Forschung, Bildung und Innovationen, intelligente Vernetzung und politische Stabilität werden zunehmend als wichtig angesehen. Dies korreliert stark mit den Ergebnissen einer systematischen Bestandsaufnahme jetziger und zukünftiger Weltprobleme, die neben der Studie der Bertelsmann Stiftung die Grundlage der Gespräche in Berlin bildete.

Diese Bestandsaufnahme zeigt, wie wirtschaftliche Verflechtung, globale Abhängigkeiten, Kontrolle über wichtige regionale Versorgungslinien, demographischer Stress, Pandemien, Zugang zu Ressourcen wie Energie und Wasser sowie Probleme wie staatliches Versagen oder die Entfaltung nuklearer Macht geostrategisches Handeln in Zukunft bestimmen werden. Die damit verbundenen Herausforderungen wurden in der Debatte von dem indischen Strategieexperten C. Raha Mohan, dem ehemaligen chilenischen Staatspräsidenten Ricardo Lagos Escobar, dem deutschen Politikwissenschaftler Herfried Münkler und dem japanischen Diplomaten Kazuhiko Togo aufgegriffen. Insbesondere die Ausführungen des ehemaligen US-Außenministers Henry Kissinger zeigten hierbei die große Relevanz der „neuen Landkarte der Konflikte“ auf. Grundlegend veränderte oder modifizierte Bedürfnisse nach Versorgung, Schutz und Sicherheit, Technologie, Zugang zu Rohstoffen, das Bedürfnis nach Freiheit und Selbstverwirklichung bedürfen heute anderer oder größerer Ressourcen und Fähigkeiten als früher. Hierzu unilateral oder multilateral entsprechende Fähigkeiten aufzubauen und zu sichern, machen eher globale Handlungsfähigkeit und Projektionsmacht aus als herkömmliche Faktoren.



Namhafte Vertreter der geostrategischen Szene diskutierten beim Global Policy Council „Europas weltpolitische Mitverantwortung“.



Gespräche über Weltmächte und Weltprobleme: Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger, Werner Weidenfeld und der ehemalige chinesische Botschafter in Deutschland, Mei Zhaorong.

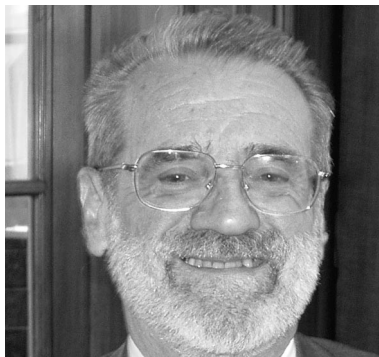
Gäste und Gespräche am C•A•P



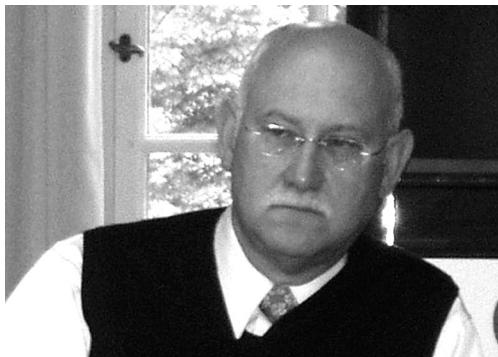
Politische Führungskraft gegen den Reformstau: Prof. Thomas Straubhaar, Direktor des Hamburgischen Weltwirtschafts-Instituts (HWWI) forderte in seiner kritischen Analyse eine bessere Kommunikation der Reformpolitik.



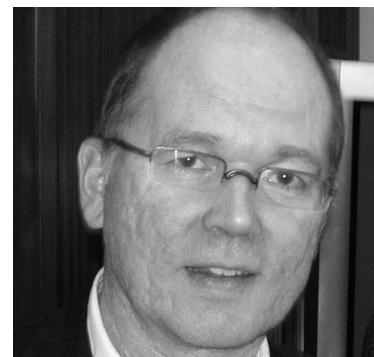
William Smyser (Mitte), ehem. stellvertretender Generalsekretär der UNO und Professor an der Georgetown University, sprach am C•A•P über strategische Aspekte der Terrorismusbekämpfung. In der anschließenden Diskussion mit Gästen wie Prof. Hans-Peter Schwarz (rechts) wurden auch die transatlantischen Beziehungen thematisiert.



Italienexperte: Der Turiner Politikwissenschaftler Prof. Gian Enrico Rusconi referierte über die Ära Berlusconi.



Gegen das Vergessen: Stephen Feinberg, Leiter der pädagogischen Abteilung des US-Holocaust Memorial Museums, sprach am C•A•P über Erinnerungsarbeit.



Visionär: Lutz Engelke, Gründer der Agentur Triad, stellte Konzepte für intelligente Kommunikation der Zukunft vor.

Neue C•A•P-Fellows: Botschafter der angewandten Politikforschung

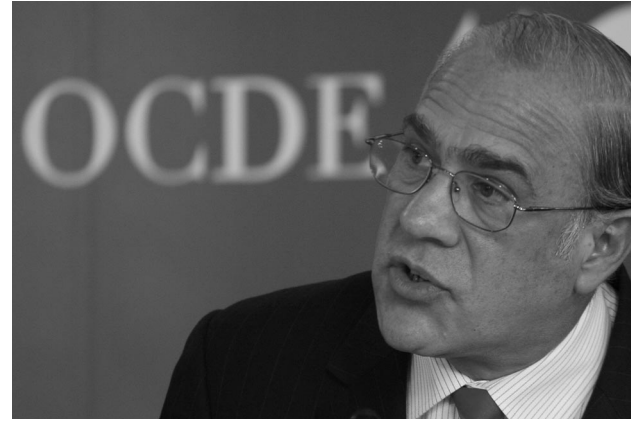
Eine Verbindung aus akademischer Veranstaltung und Pflege eines freundschaftlichen Netzwerkes herausragender Partner nannte Werner Weidenfeld die Ernennung der neuen C•A•P-Fellows. Mit Peter Frey (Leiter des ZDF-Hauptstadtstudios), Martin Hüfner (ehem. Chefvolkswirt der HypoVereinsbank), Wolfgang Nowak (Staatssekretär a.D. und Sprecher der Geschäftsführung der Alfred-Herrhausen-Gesellschaft) und Stephan Sattler (Kulturchef des Magazins „Focus“) ist die Zahl der C•A•P-Fellows auf 15 gestiegen. In seiner Danksagung lobte Peter Frey das europapolitische Engagement des C•A•P. Wolfgang Nowak referierte „über das Scheitern“ bevor sich die „Neuen“ mit alten Fellows wie Franz-Lothar Altmann oder Walther Stütze und Gästen wie BR-Chefredakteur Sigmund Gottlieb in persönliche Gespräche vertieften.



Feierliche Ernennung von vier neuen C•A•P-Fellows (v.l.): Martin Hüfner, Peter Frey, Prof. Werner Weidenfeld, Stephan Sattler und Wolfgang Nowak.

Bertelsmann Reform Index

Wie reformfähig sind die OECD-Staaten? Wie ist das Reformmanagement der einzelnen Regierungen zu bewerten? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des neuen Bertelsmann Reform Index (BRI), der von einem Team aus Mitarbeitern des C•A•P und der Bertelsmann Stiftung entwickelt und ab 2008 regelmäßig im Zwei-Jahres-Rhythmus erscheinen wird. Der BRI misst den jeweiligen Zustand eines Landes, bewertet den aktuellen Reformbedarf in relevanten Politikbereichen und analysiert die Fähigkeit der Regierungen, Reformprozesse zu initiieren und umzusetzen. Dieser enge Zusammenhang zwischen Systemzustand und Akteursleistung wird von den bislang vorliegenden Rankings und Indizes kaum berücksichtigt. Sie beschränken sich oft auf eine Bewertung der Reformergebnisse, ohne dabei die Qualität des politischen Managements der Regierungen zu untersuchen. Der BRI schließt diese Lücke, indem er die bewährte Systematik des Bertelsmann Transformation Index übernimmt. Beide Indizes setzen sich aus einem „Status-Index“ und einem „Management-Index“ zusammen. Erst dieser Ansatz einer umfassenden Analyse von Politikergebnissen einerseits und politischem Reformmanagement andererseits erlaubt zuverlässige Antworten auf die Frage, auf welche politischen Steuerungsleistungen oder -defizite der aktuelle Zustand der marktwirtschaftlich-demokratischen Ordnung zurückzuführen ist. Damit will der Index den Wettbewerb der OECD-Staaten um die besten politischen Problemlösungen fördern. Gleichzeitig will der BRI dazu beitragen, öffentliche Reformdebatten mit empirischen Daten anzureichern und so zu versachlichen.



Der neue OECD-Generalsekretär Angel Gurría ist für 30 Mitgliedstaaten zuständig. Welche OECD-Länder ihr Reformmanagement am besten im Griff haben, ist ab 2008 im Bertelsmann Reform Index nachzulesen.

Foto: OECD

Runder Tisch für Chefredakteure

Die Sicherheit der Energieversorgung im 21. Jahrhundert und die Demokratieförderung als Prüfstein für den Aufbau einer strategischen transatlantischen Partnerschaft waren die spannenden Kernthemen des jüngsten Transatlantic Editors' Roundtable. Bereits zum sechsten Mal fand dieses Treffen der Chefredakteure bedeutender außenpolitischer Fachzeitschriften am 4. und 5. Mai in Washington statt. Der Roundtable ist Teil des „Improving Responsiveness Program“, eine Kooperation mit dem German Marshall Fund of the United States, die das C•A•P hierfür mit einem Key Institution Grant fördern. Als Partner konnte zudem Foreign Policy gewonnen werden, beteiligte Zeitschriften waren u.a. Foreign Affairs, International Affairs, Le Monde Diplomatique, ORBIS, The International Spectator, Welttrends und Vereinte Nationen. Mit hochkarätigen Referenten wie Francis Fukuyama und Thomas Carothers führten die Teilnehmer des Roundtables intensive Diskussionen. Die Europäer vertraten dabei im Gegensatz zu ihren amerikanischen Kollegen den Standpunkt, dass sie Demokratieförderung nicht als Bestandteil einer global ausgerichteten Sicherheitsstrategie sehen. Auch die Verantwortung der Fachzeitschriften in einer sich immer schneller verändernden Welt wurde angesprochen. Hauptaugenmerk müsse trotz der wachsenden Zahl an Schauplätzen und Akteuren sowie der größeren Komplexität von Regional- und Sachthemen auf der Vermittlung von tiefergehenden Analysen liegen. Der Transatlantic Editors Roundtable hat sich somit erneut als wichtiger Beitrag für die Förderung des transatlantischen Dialogs erwiesen.



Diskutierten mit Chefredakteuren über Energiesicherheit und Demokratieförderung (v.l.): Der stellvertretende C•A•P-Direktor Josef Janning, Francis Fukuyama und Thomas Bauer (C•A•P).

Den ersten Schritt wagen

von Thomas Bauer



Der Funke neuer transatlantischer Zusammenarbeit will noch nicht überspringen. US-Präsident George W. Bush (links) und EU-Kommissionspräsident Josep Manuel Barroso.

Foto: Europäische Kommission

Mit dem Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel in den USA verbindet sich die Hoffnung auf einen Neubeginn in den transatlantischen Beziehungen. Die Wogen, entstanden nach dem heftigen Disput über den Einsatz im Irak, scheinen zwar geglättet, doch so richtig zünden will der neue Funke noch nicht. Beide Seiten sehen sich mit einer dramatisch veränderten geopolitischen Lage konfrontiert, in der sich internationale Beziehungen in einem immer komplexer werdenden Geflecht aus interessenorientierter Machtpolitik neu definieren müssen. Gerade den Europäern fällt es noch schwer, ihre Rolle zu bestimmen und selbstbewusst zu behaupten.

Die strategische Partnerschaft zwischen den USA und Europa, über Jahrzehnte manifestiert in der NATO, verlor mit dem Zerfall des Ostblocks den gemeinsamen Gegner. Die Europäer waren danach mit der Bewältigung des postkommunistischen Systemwandels in den osteuropäischen Nachbarstaaten beschäftigt. Die Erweiterung von NATO und EU stellte dabei für die USA das Hauptanliegen dar, um den Entwicklungsprozess in Osteuropa hin zu demokratischen Systemen abschließen und Europa aus sicherheitspolitischer Sicht sich selbst mehr überlassen zu können. Der Nahost-Konflikt, die Auseinandersetzung mit dem Irak, der Atom-Streit mit Iran, der Aufstieg von China und Indien, und nicht zuletzt die Anschläge vom 11. September 2001 haben den Fokus der US-Außenpolitik von Europa weg verlagert. Das gegenwärtige Fundament der transatlantischen Beziehungen ruht derzeit vor allem auf guten Wirtschaftsbeziehungen.

Die Direktinvestitionen betrugen selbst im konfliktträchtigen Jahr 2003 in beide Richtungen zusammen 1,5 Billionen Euro, 12,5 Millionen Menschen leben auf beiden Seiten des Atlantiks von den transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen. Subventionsstreitigkeiten wie im Fall Boeing vs. Airbus berühren dabei trotz des heftigen Rauschens im Blätterwald nur einen äußerst geringen Teil. Doch die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen können von den USA nicht mehr alleine bewältigt werden.

„Die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen können von den USA nicht alleine bewältigt werden.“

Mehr denn je brauchen Sie die Europäer als strategischen Partner, den man mit der Entpolitisierung der NATO,

die dadurch ihre wesentliche Eigenschaft als strategisches Konsultationsforum verloren hat, und dem selektiven Multilateralismus („Coalition of the willing“) der letzten Jahre vergault hat. Einer Verbesserung steht auch der angeschlagene US-Präsident selbst im Weg. Kurz vor den Kongresswahlen im Herbst 2006 sieht dieser sich mit historisch schlechten Umfragewerten konfrontiert. Nicht nur das Irak-Desaster machen George W. Bush zu schaffen, sondern auch die defizitäre Haushaltslage, das hohe Außenhandelsdefizit, und die steigenden sozialen Probleme im Land. Traditionell muss sich der US-Präsident nun mehr auf die Innenpolitik verlagern, was den Spielraum für außenpolitische Initiativen verringert.

Es ist daher Aufgabe der Europäer, sich mit der Definition eigener strategischer Interessen und der Behauptung einer verlässlichen Rolle in den internationalen Beziehungen wieder als Partner der USA ins Spiel zu bringen. Der selbstbewusste Auftritt der Bundeskanzlerin in Washington und ihre Pro-NATO-Rede auf der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz waren hierzu ein erster Schritt.



Der Autor ist am C•A•P für das Transatlantik-Projekt „Improving Responsiveness Program“ zuständig.

thomas.bauer@lrz.uni-muenchen.de

15 Jahre Jugend und Europa

von Dr. Stefan Rappenglück

Seit nunmehr 15 Jahren ist die Forschungsgruppe Jugend und Europa erfolgreich in der europabezogenen Jugend- und Bildungsarbeit tätig. Gegründet auf der Basis einer Erhebung über das Europabewusstsein Jugendlicher hat sich die Forschungsgruppe zu einer festen Größe der Jugend- und Bildungsarbeit in Deutschland etabliert. Vor dem Hintergrund der langjährigen Arbeit lässt sich bilanzieren: Nach wie vor besteht ein großer Informationsbedarf unter jungen Menschen über die Europäische Union und den europäischen Einigungsprozess. Die Akzeptanz Jugendlicher zur EU kann nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden.

Das Arbeitsspektrum der Forschungsgruppe Jugend und Europa ist einzigartig und innovativ zugleich. Auf der Basis wissenschaftlicher Grundlagenforschung werden Modellprojekte und Modellprodukte zur Vermittlung der EU entwickelt und Entscheidungsträger als auch Ministerien in der europabezogenen Bildungs- und Jugendarbeit beraten. Über die Jahre wurden nicht nur die thematischen Angebote, sondern auch die Kooperationspartnerschaften erweitert. Es zeigt sich, dass sich die Wissenschaft, die Politik und die Jugendarbeit nun verstärkt mit jugendpolitischen Fragestellungen des europäischen Einigungsprozesses beschäftigen. An dieser Entwicklung hat die Forschungsgruppe Jugend und Europa ihren gebührenden Anteil. Neben regelmäßigen qualitativen und quantitativen Einstellungsuntersuchungen (aktuell wurden die Einstellungsmuster Jugendlicher gegenüber der EU im Herbst 2005 analysiert) stellt der „didaktische Arm“ eine wichtige Arbeitsbasis dar. Eine Vielzahl europabezogener Simulationen und weitere didaktische Module wurden entwickelt, beispielsweise für den Deutschen Bundestag, Länderparlamente und die Expo 2000. Seit 1997 existiert zudem das Juniorteam Europa, ein Zusammenschluss junger Teamer ab 18 Jahren, die europaweit Seminare für junge Menschen anbieten. Im Rahmen von großen Informationskampagnen erreichen die Juniorteamer jährlich hunderte junge Menschen. Zur Förderung der Partizipation führt die Forschungsgruppe „Jugendparlamente für Europa“ durch oder bietet Szenarienwettbewerbe zur Zukunft der EU an. Eine weitere tragende Säule stellt die Beratungstätigkeit für Verbände der Jugend- und Erwachsenenbildung und Ministerien dar. Ausfluss dieser Tätigkeit sind u.a. die Evaluierung des Programms „Jugend“ im Auftrag der Bundesregierung und Förderprogramme der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ sowie die Mitarbeit in zahlreichen Gremien. Zur Förderung des Dialogs zwischen Entscheidungsträgern, Verwaltungsstrukturen und Mittlern der politischen Bildung hat sich der „Runde Tisch zur politischen Bildung“ etabliert.

Für eine gelingende europabezogene Jugend- und Bildungsarbeit bleibt die Stärkung der Jugendpartizipation, wie sie in unserem „Plädoyer für Jugendpartizipation“ gefordert worden ist, zentral. Auch der demographische Wandel und seine Auswirkungen auf die Jugendarbeit im europäischen Kontext muss noch stärker in das Blickfeld genommen werden. Angesichts der ambivalenten Einstellungsmuster Jugendlicher ist eine kontinuierliche und nachhaltig angelegte europäische Bildungs- und Jugendpolitik auf der Basis wissenschaftlicher Grundlagenforschung dringender denn je.

Die Forschungsgruppe Jugend und Europa im Internet: www.fgje.de



Spielerisch die EU kennenlernen: Planspiele und sonstige Angebote der Forschungsgruppe Jugend und Europa machen dies möglich.

Foto: Europäische Kommission

„Nach wie vor besteht ein großer Informationsbedarf unter jungen Leuten über die EU.“



Der Autor leitet die Forschungsgruppe Jugend und Europa am C•A•P.

rappenglueck@fgje.de

Defekte Demokratien

von Anna Naab

Erfolgreiche Demokratisierungsprozesse haben dazu geführt, dass heute etwa 120 von 191 UN-Mitgliedstaaten als „Demokratien“ gelten können. Viele dieser Staaten erfüllen allerdings nur das demokratische Mindestkriterium freier Wahlen. Sie weisen erhebliche Defizite im Bereich der Bürgerrechte, im Justizwesen oder im Parteiensystem auf. In dieser Grauzone zwischen Autokratie und rechtsstaatlicher Demokratie entscheidet die Ausprägung der Demokratiedefekte über die Zukunftsperspektiven und möglichen Hilfsstrategien. Mit dem Bertelsmann Transformation Index (BTI) haben die Bertelsmann Stiftung und das Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P) ein differenziertes Kriterienraster zur Beurteilung von Demokratiedefekten erarbeitet.



Zu einer funktionierenden Demokratie gehört mehr als freie Wahlen. Achtung der Bürgerrechte, eine unabhängige Justiz und nicht zuletzt freie Medien sind zentral. Mit dem Bertelsmann Transformation Index lassen sich Syndrome von defekten Demokratien identifizieren.

Foto: Europäische Kommission



Die Autorin ist studentische Mitarbeiterin am C•A•P.

cap-office@lrz.uni-muenchen.de

Länderexperten bewerten den Stand der Demokratisierung in insgesamt 119 Entwicklungs- und Transformationsländern anhand von 18 Einzelfragen. Im BTI 2006 werden 50 Länder aufgrund ihrer strukturellen Schwächen als defekte Demokratien bezeichnet. Durch die wissenschaftliche Analyse wird das typische Defektmuster dieser Staatengruppe sichtbar. Insgesamt lassen sich drei große Defektsyndrome identifizieren. Phänomene wie umstrittenes staatliches Gewaltmonopol sowie funktionsunfähige Verwaltungsstrukturen können unter der Überschrift „schwache Staatlichkeit“ zusammengefasst werden. Als zweites Syndrom ist in diesen Ländern eine „Rechtsmissachtung“ identifizierbar. Dazu zählen politische Korruption sowie eine unzureichende gerichtliche Kontrolle. Drittens fallen defekte Demo-

kratien durch unterentwickelte Repräsentationsstrukturen auf. Darunter sind mangelnde zivilgesellschaftliche Selbstorganisation sowie schwache Parteien und Interessenverbände zu verstehen. Der Zustand jeder defekten Demokratie ergibt sich aus Zusammenhang und Ausprägung dieser drei Syndrome.

Während die Demokratien in Kolumbien oder Nigeria vor allem mit Staatlichkeitsproblemen konfrontiert sind, leiden die armenische oder libanesische Demokratie vor allem an den schwachen vertrauensbildenden Mechanismen. Länder wie Russland, Guatemala oder Madagaskar sind dagegen typische Beispiele für eine ausgeprägte Schwäche zivilgesellschaftlicher Interessenrepräsentation.

Die Unterscheidung von Defektsyndromen ermöglicht es, die Demokratieförderung auf die individuellen Probleme einzelner Länder anzupassen und das Demokratisierungswissen aus anderen Ländern mit ähnlichen Defektmustern zu nutzen. Unterschiedliche Defektmuster erfordern zudem unterschiedliche Reformprioritäten. Der Ausbau von Verwaltungs- und Regierungskapazitäten kann beispielsweise Staaten wie Kolumbien helfen, ihr Gewaltmonopol wiederherzustellen. Fehlt es jedoch an wirksamen Kontrollmechanismen wie etwa im Libanon, so sollte sich die Demokratieförderung vor allem darauf richten, rechtsstaatliche Kontrollinstanzen (Gerichte, unabhängige Medien, Parlamente) gegenüber der Exekutive zu stärken.

Weitere Informationen zum Bertelsmann Transformation Index sind im Internet unter www.bertelsmann-transformation-index.de abrufbar.

Kommunikationsarbeit der EU

von Dr. Barbara Tham

Nach den gescheiterten Referenden zur EU-Verfassung hat die Europäische Kommission im Juli 2005 einen Aktionsplan für eine bessere Kommunikationsarbeit vorgestellt. Die Bürger sollen nicht nur informiert werden, sondern auch ihre Meinung besser einbringen können. In diesem Sinne wurde im Oktober 2005 der Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion auf den Weg gebracht, mit dem die Bevölkerung stärker in die Diskussion eingebunden werden soll. Als dritter Schritt der neuen Kommunikationsstrategie wurde im Frühjahr 2006 das Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik veröffentlicht. Die entstandene Distanz zwischen der Bevölkerung und der EU soll überwunden und langfristig eine europäische öffentliche Sphäre geschaffen werden. Die vorgeschlagenen Ziele und Maßnahmen für eine neue Kommunikations- und Informationspolitik der EU klingen zwar insgesamt sehr positiv, sind jedoch alles in allem nicht neu.

Viele der vollmundigen Aussagen zu mehr Öffnung und Beteiligung wurden bereits in anderen Kontexten geäußert und begleiten seit Jahren die Reformbemühungen der EU. So einfach sich den Forderungen nach mehr Bürgernähe zustimmen lässt, so schwer lässt sich die Frage nach der Umsetzung beantworten. Hier bleibt die EU-Kommission sehr vage und formuliert ihre Ansprüche nach mehr Information und Kommunikation durchweg im Konjunktiv. Bei vielen Zielsetzungen fehlen konkrete Vorschläge sowie die Benennung von Instrumenten und Mitteln zu deren Erreichung. Es bleibt den angesprochenen Akteuren aller Ebenen überlassen, die allgemeinen Forderungen umzusetzen. Inwieweit sich diese den Herausforderungen stellen und die Auffassung der EU-Kommission übernehmen, bleibt offen. Eine erfolgsversprechende Strategie sieht anders aus.

Neben diesen grundsätzlichen Fragen und Kritikpunkten des Weißbuches gibt es jedoch auch positive Anknüpfungspunkte für eine bessere Informations- und Kommunikationspolitik, wenn diese mit bestimmten Voraussetzungen verbunden werden. Im Bereich der Stärkung der Rolle des Bürgers hat die Kommission explizit die Verbesserung der politischen Bildung eingefordert. Denn genau die geringen Kenntnisse über die EU sind zu einem hohen Anteil an der Distanz der Bevölkerung zur EU verantwortlich. Den Menschen das notwendige Wissen über den Aufbau, die Funktionsweise und Zielsetzungen der EU zu vermitteln, ist eine vordringliche Aufgabe. Erst dadurch werden die Voraussetzungen geschaffen, damit eine aufgeklärte und aktive Bürgergesellschaft in der EU entstehen kann. Da die politische Bildung jedoch in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten fällt, ist eine genaue Abstimmung erforderlich.

Die neue Kommunikationsstrategie kann deshalb nur gelingen, wenn sich alle Ebenen und Einrichtungen des öffentlichen Lebens quer durch alle regionalen Strukturen und Ressortzuständigkeiten auch verantwortlich fühlen und die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung stellen. Europa muss als Querschnittsaufgabe in allen Bereichen sichtbar und lebendig gemacht werden. Hiervon sind die EU und ihre Mitgliedstaaten in der Praxis des alltäglichen Lebens allerdings noch weit entfernt.

Weitere Informationen unter www.cap-lmu.de/publikationen/2006/cap-aktuell-2006-04.php



Die Bürger sollen in die Diskussion über die Zukunft der EU stärker eingebunden werden. Doch die Umsetzung fällt schwer.

Foto: Europäische Kommission

„Europa muss als Querschnittsaufgabe in allen Bereichen sichtbar und lebendig gemacht werden.“



Die Autorin ist Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Jugend und Europa.

tham@fgje.de

Netzwerktreffen der SommerAkademie

Jahrgangsübergreifendes Wiedersehen der SommerAkademie Europa im Kloster Seeon: 76 Teilnehmer der bis jetzt sieben Jahrgänge von 1999 bis 2005 diskutierten beim 2. Netzwerktreffen die zukünftigen Entwicklungsperspektiven der Europäischen Union.

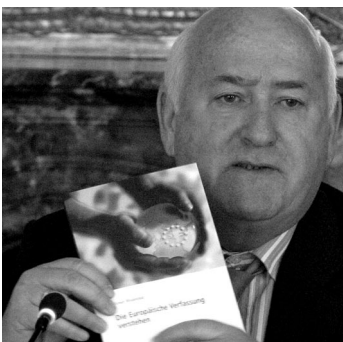
Werner Weidenfeld zeichnete in seiner Einführung die massiven politischen Veränderungen der EU und ihre nachhaltige Vertiefung in den vergangenen sieben Jahren nach, in denen sich die SommerAkademie Europa als gemeinsames Projekt von Bertelsmann Stiftung und Heinz Nixdorf Stiftung in Zusammenarbeit mit dem C•A•P immer mehr als Strategieforum für die Zukunft Europas profilierte. Josef Janning stellte personelle und inhaltliche Entwicklungen auf der Makroebene der euro-



Die Zukunft Europas beschäftigte die Teilnehmer des 2. Netzwerktreffens der SommerAkademie Europa bei Diskussionen im Plenum, im kleinen Kreis oder mit dem stellvertretenden C•A•P-Direktor Josef Janning (Foto rechts unten).

päischen Integration entsprechenden Prozessen auf der Mikroebene der SommerAkademie Europa gegenüber. Die Arbeitsgruppen untersuchten mögliche Alternativen zum europäischen Verfassungsvertrag, zukünftige Erweiterungsstrategien, die Frage nach einem gemeinsamen Gesellschaftsmodell, die transatlantischen Beziehungen und die Wettbewerbsfähigkeit der EU in einer globalisierten Welt.

Die SommerAkademie im Internet: <http://www.cap-lmu.de/projekte/bertelsmann/sommerakademie.php>



„Sehr übersichtlich und klar gestaltet“: Die EU-Verfassung in Kurzform stößt bei politischen Entscheidern auf lobende Worte.

Begehrtes Kompaktwissen

Die Europäische Verfassung in Kurzform ist zum Verkaufsschlager geworden: Das von Werner Weidenfeld verfasste und im Verlag der Bertelsmann Stiftung erschienene Buch „Die Europäische Verfassung verstehen“ stößt bei politischen Entscheidern auf große Resonanz. Österreichs Staatspräsident Heinz Fischer zeigte sich beeindruckt von der anschaulichen Darstellung. Auch der deutsche Bundespräsident Horst Köhler lobte das Werk als „sehr übersichtlich und klar gestaltet“. Er ist sich sicher, dass die Frage nach der Europäischen Verfassung weiter bestehen bleibe. Er schreibt: „Umso wichtiger ist es, dass eine möglichst breite Debatte auf der Grundlage verständlich aufbereiteter Informationen stattfindet. Ihr Buch leistet dazu einen wichtigen Beitrag.“

Abgeordnete und ihr Wahlkreis

Eine Reihe von wissenschaftlichen Studien widmet sich der Arbeit von Abgeordneten. Deren Repräsentationsverständnis und Wahlkreisverhalten blieben dabei bislang nur Randthemen, obwohl diese nicht nur über den Wahlerfolg entscheiden können. Vielmehr ist die aktive Wahlkreisvertretung und -betreuung als Transmissionsriemen zwischen Bürgern und Staat auch im Sinne einer bürgernahen Politik elementar. Der Frage, welche Bedeutung die Abgeordneten ihrem Stimmkreis beimessen und mit welchen Mitteln sie versuchen, die dort artikulierten Interessen in politische Entscheidungsprozesse einfließen zu lassen, geht daher aktuell eine Arbeitsgruppe an der Ludwig-Maximilians-Universität München unter Leitung von Michael Weigl nach. Geklärt werden soll dabei auch, ob es Unterschiede in den Wahlkreisstrategien der verschiedenen Parteien gibt, worauf diese gegebenenfalls zurückzuführen sind und welche Erfolgsbedingungen sich ausmachen lassen. Neben der Auswertung regionaler Tageszeitungen sowie von Materialien des Bayerischen Landestages bilden über 20 qualitative Interviews mit ausgewählten bayerischen Landtagsabgeordneten den empirischen Kern der Studie.

Ergebnisse des Forschungsprojektes sollen Anfang 2007 in der Schriftenreihe „Münchner Beiträge zur politischen Systemforschung“ der Forschungsgruppe Deutschland publiziert werden.



Abgeordnete verbringen viel Zeit in Sitzungen. Aber wie intensiv kümmern sie sich um die Bürger in ihrem Wahlkreis? Politikwissenschaftler der Ludwig-Maximilians-Universität München gehen dieser Frage nach.

Foto: Bundestag

„Reformdividende“ bleibt bisher aus

Ein halbes Jahr nach dem Regierungswechsel in Berlin sind trotz günstiger politischer Rahmenbedingungen zur Durchsetzung auch unpopulärer Maßnahmen erst wenige Reformen erfolgt. Nachdem keines der beiden Parteilager ein Mehrheitsmandat erhalten hatte, will die Kanzlerin die Zukunftsherausforderungen mit einer Politik der „kleinen Schritte“ meistern. Die Hanns-Seidel-Stiftung lud zusammen mit der Forschungsgruppe Deutschland (C•A•P) und der Forschungsgruppe Regieren (Universität Duisburg-Essen) einen Expertenkreis aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Medien nach Wildbad Kreuth, um Erfolgsbedingungen der Reformpolitik zu erörtern.

Karl-Rudolf Korte (Universität Duisburg-Essen) stellte fest, dass Reformkorridore existieren, wobei übergeordnete Variablen wie EU-Kompetenzen und konkrete nationale Bedingungen zu berücksichtigen seien. So wies Manuela Glaab (C•A•P) in ihrer Analyse der Wahlniederlage des bürgerlichen Lagers auf die Kluft zwischen Eliten und Bevölkerungsmehrheit hin, die bei der Vermittlung der Reformthematik vernachlässigt worden sei. Für Rüdiger Frohn, Staatssekretär im Bundespräsidialamt a.D., beruht das Scheitern von Reformen hingegen primär auf inhaltlichen Defiziten und einem Mangel an politischen Visionen. Laut Matthias Graf von Kielmansegg, Planungsstabschef im Bundeskanzleramt, ist derzeit unklar, ob sich die große Koalition auf über den Koalitionsvertrag hinausgehende Reformen einigen kann. Während Hartmut Koschyk, Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU im Bundestag, die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit von Union und SPD betonte, wurde von vielen Seiten eine „Reformdividende“ – so Wolfgang Nowak (Alfred-Herrhausen-Gesellschaft, Berlin) – vermisst. Auswege zeigte Werner Sesselmeier (Universität Koblenz-Landau) mit einem Blick über den Tellerrand auf: Internationale Vorbilder könnten zwar nicht unverändert übernommen werden, dennoch steigerten Benchmarking und Best-Practice-Ansätze die Erfolgchancen von Reformen.



Bundestagskanzlerin Angela Merkel will die Zukunftsherausforderungen mit kleinen Schritten meistern. Experten aus Politikwissenschaft, Verwaltung und Medien diskutierten in Wildbad Kreuth über Erfolgsbedingungen für die Umsetzung von Reformen.

Foto: Bundestag

Europäisch-chinesische Zusammenarbeit

Die EU-Erweiterung hat nicht nur für die institutionelle Weiterentwicklung der Union, sondern auch für das internationale Umfeld entscheidende Konsequenzen. Seit Anfang des Jahres arbeitet ein Netzwerk europäischer und chinesischer Forscher daran, diese Konsequenzen aus einer multinationalen wie auch interdisziplinären Sicht heraus zu erklären. Das C•A•P leitet mit dem Centre for European Studies der Renmin University in Peking das zweijährige Forschungsprojekt „The Impact of EU Enlargement on European Integration and the Global Political Economy“, das von der Europäischen Kommission im Rahmen des „EU-China European Studies Centres Programme“ unterstützt wird. Dieses Projekt setzt die bereits seit 1999 bestehende erfolgreiche Kooperation des C•A•P mit der Renmin Universität fort. Sein Ansatz, europäische und chinesische Wissenschaftler, die sich auf den Themenbereich der europäischen Integration spezialisiert haben, in einem gemeinsamen Forschungsvorhaben zusammenzubringen, ist einzigartig. Über Konferenzen und mehrmonatige Forschungsaufenthalte in Europa bzw. China wird dabei der persönliche Austausch der Wissenschaftler besonders gefördert. Fünf Arbeitsgruppen, die jeweils von einem europäischen und einem chinesischen Experten geleitet werden, untersuchen die Auswirkungen der Erweiterung auf die institutionelle Gestaltung der EU, die ökonomische Integration der neuen Mitgliedstaaten, den europäischen Arbeitsmarkt, die transatlantischen Beziehungen und die europäisch-chinesischen Beziehungen.

Chindia-Connection

China und Indien rücken immer mehr ins Zentrum des politischen Interesses. Ihr Aufstieg zu Weltmächten erfordert von den internationalen Partnern eine strategische Antwort. Dieser Herausforderung stellte sich der 14. „Transatlantic Roundtable“ am 23./24. März, durchgeführt im Rahmen des vom German Marshall Fund geförderten „Improving Responsiveness Programs“ mit Unterstützung des U.S. Generalkonsulats in München.



Ashley Tellis (Carnegie Endowment for Peace, Washington) und andere Experten diskutierten am C•A•P über die Herausforderungen, die sich durch das Aufsteigen von China und Indien zu Weltmächten ergeben.

Anstatt China und Indien – wie es meist geschieht – isoliert voneinander zu betrachten, wagten die amerikanischen und europäischen Experten eine kombinierte Perspektive und diskutierten über die Auswirkungen der „CHINDIA-Connection“ auf die transatlantischen Beziehungen. Dabei wurde die Indienpolitik der Bush-Regierung ebenso zur Sprache gebracht wie die amerikanische Sorge über das wachsende chinesische Verteidigungsbudget. Die EU sehe China hingegen weniger als direkte militärische Bedrohung sondern vielmehr als wichtigen Handelspartner, so die Einschätzung der Experten. Kritisch wurde das strategische Defizit der europäischen China-Politik angemerkt. Dabei wurde aber betont, dass die EU keinen Staatscharakter habe und in ihrer Handlungsfähigkeit daher nicht mit den USA

gleichgesetzt werden könne.

Für eine effektivere transatlantische Antwort auf die „CHINDIA-Connection“ empfahlen die Teilnehmer des Roundtables zum einen eine konsequentere Abstimmung der USA mit dem europäischen Partner – im Fall des indischen Nuklearprogramms wäre dies z. B. wünschenswert gewesen. Zum anderen wurde festgehalten, dass auch das strategische Defizit der EU eine gemeinsame transatlantische Strategie gegenüber China und Indien erschwere.

Demokratieerziehung europaweit

Seit Oktober 2005 kommen auf Initiative des C•A•P und des „Network of European Foundations“ renommierte europäische Stiftungen zusammen, um ein Konzept für ein europaweites Projekt zur Demokratieförderung zu erarbeiten. Beim zweiten Treffen bei der Bertelsmann Stiftung in Gütersloh wurden die Ideen, Vorstellungen und Ressourcen der Partner zusammengetragen.

Vorrangiges Interesse bestand darin, Erfahrungen und nützliches Wissen im Bereich Demokratieerziehung aus bereits vollendeten oder noch bestehenden Projekten seitens der Stiftungen untereinander auszutauschen und die gewonnenen Kenntnisse vorteilhaft und effektiv für dieses Gemeinschaftsprojekt aufzubereiten. Die Akademie Führung & Kompetenz am C•A•P koordiniert und plant die Zusammenarbeit dieses Stiftungsnetzwerks. Zur Diskussion und Entscheidung bei der nächsten Zusammenkunft bei der King Baudouin Stiftung in Brüssel wurde die Akademie mit der Entwicklung eines Vorschlags zur Errichtung eines europäischen Netzwerks demokratischer Schulen bzw. Schuldistrikte beauftragt. Eine europäische Sommerakademie zum Thema „Demokratie in der Schule“ soll hierfür 2007 den Auftakt für ein längerfristiges Projekt bilden.



Erfahrungsaustausch: Iris Tenschert (Hertie-Stiftung), Kenan Önen (Hertie-Stiftung), Susanne Ulrich (C•A•P), Olaf Olafsdottir (Europarat) und Pia Gerber (Freudenberg-Stiftung) diskutierten über Demokratieerziehung.

Neues und umfangreiches Internetangebot

Entscheidungsträger, Multiplikatoren und Wissenschaftler können ab sofort die Angebote der Akademie Führung & Kompetenz auf einem neu gestalteten Portal abrufen. Zu finden sind zahlreiche Aus- und Weiterbildungsangebote zu den Themen Konflikt- und Entscheidungskompetenz, Partizipation und politisches Wissen. Für jeden dieser Schwerpunkte wird eine breite Auswahl von Methoden und Ansätzen angeboten, die relevante Inhalte zielgruppenspezifisch vermitteln.

Die Akademie bietet zu einigen Trainingsprogrammen umfassende und zertifizierte Ausbildungen an. Im Rahmen wissenschaftlicher Beratung hat die Akademie ein eigenes Konzept partizipativer Evaluation entwickelt, für das Weiterbildungen und Praxisbegleitung abrufbar sind. Daneben bietet das Portal Publikationen und kostenlose Downloads von Praxismaterialien, wissenschaftlichen Veröffentlichungen und Working Papers an. Zusätzlich ist die Internetseite ein Vernetzungsportal für die von der Akademie am C•A•P ausgebildeten und zertifizierten Trainer.

www.cap-akademie.de

Aus der Geschichte lernen

Die Akademie Führung & Kompetenz am C•A•P ist Kooperationspartnerin des Jugendgästehauses Dachau für ein neues Entimon-Projekt mit dem Titel: „Aus der Geschichte lernen?“ Am 15. und 16. Mai 2006 hat das Jugendgästehaus Dachau zum ersten Planungstreffen der Kooperationsgruppe eingeladen. Experten aus den Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora, der Gedenkhalle Oberhausen, des Fritz-Bauer-Instituts und der Akademie verständigten sich auf den Verlauf des Projektes und das Konzept der „partizipativen Evaluation“, das die Akteure im Arbeitsbereich in den Qualitätssicherungsprozess einbeziehen soll. Das Ziel dieses Projekts besteht in der Entwicklung und Erprobung eines pädagogischen Ansatzes, der Methoden der aktuellen historisch-politischen Bildung mit Methoden der Demokratieerziehung verknüpft.



„Aus der Geschichte lernen?“: Experten von Gedenkstätten, des Fritz-Bauer-Instituts und der Akademie Führung & Kompetenz am C•A•P konzipieren ein neues Entimon-Projekt.



WERNER WEIDENFELD:
Die Europäische Verfassung verstehen.
 Gütersloh 2006, ISBN 3-89204-876-2, 114 Seiten, 15 Euro

Die Europäische Verfassung verstehen

Die im Oktober 2004 unterzeichnete EU-Verfassung war trotz der Zusammenfassung der Verträge in einem Text und mehr Mitsprachemöglichkeiten von Parlamenten und Bürgern von Anfang an mit einem schweren Webfehler behaftet: Sie ist umfangreich, kompliziert, für Laien in weiten Teilen unverständlich. Nach den gescheiterten Referenden haben die Staats- und Regierungschefs den Ratifizierungsprozess im Juni 2005 ausgesetzt und sich eine „Denkpause“ verordnet, um in einem öffentlichen Dialog mit den Bürgern die Verfassung zu diskutieren. Dieses Buch soll den Bürgern helfen, die Inhalte der EU-Verfassung zu verstehen. Es beleuchtet den Entstehungsprozess sowie die neuen Bestimmungen zu den Institutionen und Entscheidungsverfahren der EU. Eine Vielzahl von Schaubildern illustriert Aufbau und Inhalte der EU-Verfassung, die „Verfassung von A-Z“ im Anhang ermöglicht einen schnellen Zugriff auf die wichtigsten Schlagworte.



BERTELSMANN STIFTUNG (HRSG.):
Bertelsmann Transformation Index 2006.
 Gütersloh 2005, ISBN 3-89204-855-x, 264 Seiten, 38 Euro

Bertelsmann Transformation Index

Demokratie und Marktwirtschaft sind weltweit auf dem Vormarsch. Der „Bertelsmann Transformation Index“ (BTI) hat es sich zur Aufgabe gemacht, die unterschiedlichen Reformprozesse auf dem Weg zur marktwirtschaftlichen Demokratie zu analysieren und Hinweise auf erfolgreiche Handlungsstrategien zu liefern. Mit Hilfe von detaillierten Ländergutachten und insgesamt 6902 Einzelbeurteilungen gibt er Aufschluss über den Stand von Demokratie und Marktwirtschaft und untersucht zudem die Qualität der politischen Regierungsleistung in Transformationsländern. Der in Zusammenarbeit von Bertelsmann Stiftung und dem Centrum für angewandte Politikforschung entstandene BTI ist der erste international vergleichende Index, der mit selbst erhobenen Daten eine fundierte und umfassende Analyse des politischen Managements in Transformationsländern bietet. Erfolgreiche Steuerungsleistungen lassen sich ebenso im Detail identifizieren wie hartnäckige Demokratieverweigerer. Der BTI 2006, der insgesamt 119 Transformationsländer im Zeitraum von 2003 bis 2005 untersucht, veranschaulicht einen positiven Zusammenhang zwischen Entwicklungsfortschritten und solidem politischen Management.



MICHAEL WEIGL (HRSG.):
Folgenlose Nachbarschaft?
Spuren der DDR-Außenpolitik in den deutsch-tschechischen Beziehungen.
 Hamburg/Münster 2006, ISBN 3-8258-8552-6, 176 Seiten, 19,90 Euro

Folgenlose Nachbarschaft?

Auch mehr als eineinhalb Jahrzehnte nach dem Fall der Mauer weisen Forschungen zum Stand der deutschen Wiedervereinigung übereinstimmend darauf hin, dass sich Deutschland immer noch auf der Suche nach seiner „inneren Einheit“ befindet. Längst unbestritten ist, dass das SED-Regime Spuren hinterlassen hat in der politischen, kulturellen und gesellschaftlichen und Verfasstheit des vereinten Deutschlands. Die Frage nach über den 3. Oktober 1990 hinaus identifizierbaren Wirkungen Ost-Berliner Außenpolitik stellen hingegen ein Forschungsdesiderat dar, dem sich der im Mai 2006 von Michael Weigl im LiT-Verlag herausgegebene Konzeptband „Folgenlose Nachbarschaft? Spuren der DDR-Außenpolitik in den deutsch-tschechischen Beziehungen“ widmet. In neun Beiträgen wird hier am Beispiel der Beziehungen zum Nachbarland Tschechien/Tschechien der Fragestellung nachgegangen, ob die Außenpolitik der DDR, welche ihrem bundesdeutschen Pendant diametral entgegenstand, tatsächlich mit dem 3. Oktober 1990 untergegangen ist, oder ob sie nicht vielmehr in den Einstellungen politischer wie gesellschaftlicher Akteure nachzuwirken versteht.

Erinnern, begegnen, Zukunft gestalten

Die Zeitzeugenbegegnungen sind zu einem schätzenswerten Element der Erinnerungsarbeit und der politischen Bildung geworden. Was aber bleibt bei Jugendlichen tatsächlich nach der Begegnung mit Opfern des Holocaust länger in Erinnerung? Wie wirken Begegnungen mit ehemaligen Zwangsarbeitern nach? Welche Unterstützung der Begegnungs- und Erinnerungsarbeit ist sinnvoll? Mit der Klärung solcher Fragen betraute die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ die Forschungsgruppe Jugend und Europa am C•A•P und erteilte den Auftrag, das Förderprogramm „Begegnungen mit Zeitzeugen – Lebenswege ehemaliger Zwangsarbeiter“ in seiner Anfangsphase (2002-2005) umfassend zu evaluieren. Im Mittelpunkt steht das Interesse an der Wirkung und Nachhaltigkeit sowie an der emotionalen wie auch pädagogischen Qualität solcher Begegnungen. Neben einer groß angelegten Fragebogenerhebung wurden zusätzlich 1000 beteiligte Jugendliche und über Hundert der eingebundenen Zeitzeugen qualitativ befragt. Die Evaluation konnte den hohen Wert der Begegnungen für alle Beteiligten bestätigen: Für die ehemaligen Zwangsarbeiter erfüllt das Begegnungsprogramm eine eindeutige emotionale Entschädigungsfunktion. Zugleich kann es bei Jugendlichen den emotionalen Bereich des historischen Lernens ansprechen und Empathie fördern.



EVA FELDMANN-WOJTACHNIA, OLIVER HOFMANN:

Erinnern, begegnen, Zukunft gestalten.

München 2006, ISBN 3-933456-36-3, 139 Seiten, 14,80 Euro

Münchner Beiträge zur Europäischen Einigung

Die Gestaltung der europäischen Integration bleibt eine der zentralen strategischen Fragen für die Zukunft. Mit den „Münchner Beiträgen zur europäischen Einigung“ verbindet der Herausgeber Werner Weidenfeld den Wunsch, der Diskussion um aktuelle Fragen des Integrationsprozesses einen wissenschaftlich-intellektuellen Ort zu geben. Die Schriftenreihe zur europäischen Einigung blickt mittlerweile auf eine 20jährige Tradition zurück: Zu Beginn der achtziger Jahren als „Mainzer Beiträge zur europäischen Einigung“ begonnen, wurde die Reihe mit dem Wechsel des Herausgebers an das Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft an der LMU München fortgeführt. In München sind seit 1997 dreizehn Bände erschienen, die ein breites Themenspektrum umfassen – darunter die Entwicklung der politikwissenschaftlichen Integrationstheorie im Prozess der europäischen Einigung, den Wandel der Legitimationsideen deutscher Europapolitik, Vorschläge zur föderalen Neuordnung des Kompetenz- und Vertragsgefüges der EU, die Erweiterungsrunde 2004 und die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, Israel und dem Nahen Osten. Seit 2005 erscheinen die Münchner Beiträge in Kooperation mit dem renommierten Nomos Verlag im neuen Gewand. Die drei jüngsten Bände aus den Jahren 2005/2006 beschäftigen sich mit innovativen Reformoptionen für die EU als ein Gebilde „sui generis“, dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung OLAF und der Rolle Deutschlands und Frankreichs beim Aufbau einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Jeder Band verfolgt eine spezifische Thematik – die Summe der Analysen und Schlussfolgerungen trägt zugleich Neues zur Debatte um die Fortentwicklung der Europäischen Union bei.



SIMONE WESKE:

Deutschland und Frankreich: Motor einer europäischen Verteidigungspolitik?

Baden-Baden 2006, ISBN 3-8329-1480-3, 119 Seiten, 22 Euro



FLORIAN NEUHAUS:

Im Schatten der Integration. OLAF und die Bekämpfung von Korruption in der EU.

Baden-Baden 2005, ISBN 3-8329-1479-X, 178 Seiten, 34 Euro

13. Juli: Symposium in Kooperation mit Personal Health Care Telemedicine Services (PHTS), Düsseldorf, zum Thema „Aspekte zukünftiger technologischer Entwicklungen in Europa“.

21. Juli: Sitzung des Fachgremiums der Forschungsgruppe Jugend und Europa „Aktiv eintreten gegen Fremdenfeindlichkeit“.

28. August- 1. September, Kloster Seeon: 8. Sommer-Akademie Europa. Das nächste Netzwerktreffen der Sommer-Akademie ist für 2008 geplant.

4.- 8. September, Brüssel: The European Union. Eine Fachtagung in Zusammenarbeit mit dem Gulf Research Center. Den Einführungsvortrag hält Werner Weidenfeld zum Thema „How to understand a continent full of differences“.

22.- 23. September, Berlin: International Bertelsmann Forum. Die Grundsatzrede hält Bundeskanzlerin Angela Merkel, Staatspräsidenten, Regierungschefs, Minister sowie Intellektuelle und Diplomaten aus Europa und den Nachbarstaaten treten an zwei Tagen in den Dialog um die Zukunft Europas.

C.A.PANORAMA

erscheint zwei bis drei Mal jährlich und wird herausgegeben vom
Centrum für angewandte Politikforschung (C.A.P.)
Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld
Maria-Theresia-Straße 21
81675 München
Tel.: 089/2180-1300, Fax: 089/2180-1329
E-Mail: cap.office@lrz.uni-muenchen.de
www.cap-lmu.de
V.i.S.d.P. und Chefredaktion: Jürgen Turek
Redaktion und Layout: Sebastian B. Beck
Schlussredaktion: Eva Feldmann, Olaf Hillenbrand,
Roman Maruhn, Sebastian B. Beck
Druck: Frühmorgen & Holzmann, Schwindstr. 5,
80798 München

Von Freiheit zu Autorität?

von Simone Dietrich

„Critics say that America is a lie because its reality falls so far short of its ideals. They are wrong. America is not a lie; it is a disappointment. But it can be a disappointment only because it is also a hope.“
(Samuel Huntington, American Politics)

Wenn wir heute über Entwicklungen in der amerikanischen politischen Kultur diskutieren wollen, müssen wir der Transformation in der Regierungskultur unter George W. Bush besonderen Tribut zollen. Hier sind die Brüche dramatisch. Präsentierte sich Bush zu Beginn seiner ersten Amtszeit als lockerer Konservativer, so geht es ihm heute vorwiegend um die Zentralisierung von Macht und Autoritätsgewinn. Mit dem 11. September verlangte Amerika nach Ordnung und Führung. Bush antwortete darauf mit ausschweifender Politik: Er schuf das Ministerium für Homeland Security, suchte das Außenministerium und die C.I.A. zu transformieren und intervenierte aggressiv im Nahen Osten. Besondere Aufmerksamkeit gilt hier der Evolution seines Führungsstils: Wer dem konstruierten Selbstverständnis der USA als „wohlwollendem Hegemon“ und dem daraus abgeleiteten Vorrecht globaler Intervention widersprach, wurde bald aus inneren Zirkeln ausgeschlossen. Regierungsposten wurden gezielt mit loyalen Mitarbeitern besetzt. Loyalität und Ideologie triumphieren über Expertise und Kompetenz. Als Paradebeispiel dafür gilt die Nominierung von Harriet Myers für den Obersten Gerichtshof.

Bushs Führungsstil, gepaart mit augenscheinlicher Inkompetenz, enttäuschen heute zwei Drittel der Amerikaner. Im Mai 2006 sinken die Umfragewerte auf unter 29 Prozent. Ein derartiger Popularitätsschwund unterstreicht nicht nur den sinkenden Stern von George W. Bush. Sie bestätigt auch das Zerschlagen des Neokonservatismus als politische Bewegung von innen heraus: Zunehmend werden divergierende Meinungen zur Regierungspolitik aus konservativen Kreisen laut; nur noch die Hälfte sprechen Bush ihr Vertrauen aus. Zog er einst als Golden Boy der Grand Old Party ins Weiße Haus, wird er heute zunehmend als Abtrünniger der konservativen Ideologie dargestellt. Mit seiner ausschweifenden Fiskalpolitik steht er im Widerspruch zum fiskalen Verantwortungsbewusstsein seiner Partei. Mit dem Ausbau des Staates, dessen Grad nur von Lyndon B. Johnson im Zuge seiner Great Society erreicht wurde, positioniert sich Bush diametral gegenüber dem libertären Flügel der Konservativen.

Außenstehende fragen sich, warum sich derartig niedrige Umfragewerte nicht deutlicher in Widerstandsbewegungen zeigen. Der Großteil der Gesellschaft scheint jedoch segmentiert. Die intellektuelle liberale Elite macht ihrer Kritik in politischen Blättern Luft. Viele engagierte Bürger schließen sich im Blogger-Untergrund zusammen. Alle sind jedoch vereint im Unglauben darüber, wie viel Macht sich ein einziger Präsident aneignen konnte; wie viel Inkompetenz seine Politik auszeichnet, wie nicht zuletzt durch die Hurrikan-katastrophe deutlich wurde. Ob der Präsident seinen autoritären Führungsstil weiterhin so ungebrochen weiterführen kann, wird sich bei den Kongresswahlen im November zeigen. Zu hoffen bleibt, dass zumindest Kompetenz und Expertise im Weißen Haus wieder hoffähig werden – in Amerikas Sinne.



Die Autorin war Mitarbeiterin am C.A.P. und promovierte nun an der Pennsylvania State University/USA.

cap-office@lrz.uni-muenchen.de